

Einbürgerungstest Simulation

Test 4 von 5 · Bundesland Rheinland-Pfalz

33 Fragen · 30 allgemein + 3 Landesfragen · Zum Bestehen: mindestens 17 richtige Antworten

Hinweise: Kreuze bei jeder Frage eine Antwort an. Die richtige Lösung findest du im Lösungsschlüssel am Ende dieses PDFs. In der echten Prüfung hast du 60 Minuten Zeit.

1 Welches Gericht ist in Deutschland bei Konflikten in der Arbeitswelt zuständig?

- A) das Familiengericht
- B) das Arbeitsgericht
- C) das Amtsgericht
- D) das Strafgericht

2 Frau Frost arbeitet als fest angestellte Mitarbeiterin in einem Büro. Was muss sie nicht von ihrem Gehalt bezahlen?

- A) Umsatzsteuer
- B) Beiträge zur Arbeitslosenversicherung
- C) Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung
- D) Lohnsteuer

3 Man will die Buslinie abschaffen, mit der Sie immer zur Arbeit fahren. Was können Sie machen, um die Buslinie zu erhalten?

- A) Ich wende mich an das Finanzamt, weil ich als Steuerzahlerin/Steuerzahler ein Recht auf die Buslinie habe.
- B) Ich werde Mitglied in einem Sportverein und trainiere Radfahren.
- C) Ich schreibe einen Brief an das Forstamt der Gemeinde.
- D) Ich beteilige mich an einer Bürgerinitiative für die Erhaltung der Buslinie oder gründe selber eine Initiative.

4 Die Volkshochschule in Deutschland ist eine Einrichtung ...

- A) für den Religionsunterricht.
- B) zur Weiterbildung.
- C) nur für Jugendliche.
- D) nur für Rentnerinnen und Rentner.

5 Wie werden die Regierungschefinnen/Regierungschefs der meisten Bundesländer in Deutschland genannt?

- A) Erste Ministerin/Erster Minister
 - B) Senatorin/Senator
 - C) Premierministerin/Premierminister
 - D) Ministerpräsidentin/Ministerpräsident
-

6 Zu einem demokratischen Rechtsstaat gehört es nicht, dass ...

- A) Menschen sich kritisch über die Regierung äußern können.
 - B) Bürger friedlich demonstrieren gehen dürfen
 - C) Menschen von einer Privatpolizei ohne Grund verhaftet werden.
 - D) jemand ein Verbrechen begeht und deshalb verhaftet wird.
-

7 Wo müssen Sie sich anmelden, wenn Sie in Deutschland umziehen?

- A) beim Einwohnermeldeamt
 - B) beim Gewerbeamt
 - C) beim Ordnungsamt
 - D) beim Standesamt
-

8 Welcher Politiker steht für die "Ostverträge"?

- A) Helmut Kohl
 - B) Michail Gorbatschow
 - C) Willy Brandt
 - D) Ludwig Erhard
-

9 Die Bundesrepublik Deutschland hat einen dreistufigen Verwaltungsaufbau. Wie heißt die unterste politische Stufe?

- A) Gemeinden
 - B) Stadträte
 - C) Bezirksämter
 - D) Landräte
-

10 Was bezahlt man in Deutschland automatisch, wenn man fest angestellt ist?

- A) Sozialhilfe
 - B) Sozialversicherung
 - C) Wohngeld
 - D) Kindergeld
-

11 In Deutschland dürfen Menschen offen etwas gegen die Regierung sagen, weil ...

- A) hier Religionsfreiheit gilt.
 - B) die Menschen das Wahlrecht haben
 - C) hier Meinungsfreiheit gilt.
 - D) die Menschen Steuern zahlen.
-

12 Was bedeutet in Deutschland der Grundsatz der Gleichbehandlung?

- A) Man darf andere Personen benachteiligen, wenn ausreichende persönliche Gründe hierfür vorliegen.
 - B) Niemand darf z.B. wegen einer Behinderung benachteiligt werden.
 - C) Es ist für alle Gesetz, benachteiligten Gruppen jährlich Geld zu spenden.
 - D) Niemand darf gegen Personen klagen, wenn sie benachteiligt wurden.
-

13 Wann waren die Nationalsozialisten in Deutschland an der Macht?

- A) 1921 bis 1934
 - B) 1888 bis 1918
 - C) 1949 bis 1963
 - D) 1933 bis 1945
-

14 Wann war in der Bundesrepublik Deutschland das "Wirtschaftswunder"?

- A) 70er Jahre
 - B) 40er Jahre
 - C) 80er Jahre
 - D) 50er Jahre
-

15 In welchem Zeitraum gab es die Deutsche Demokratische Republik (DDR)?

- A) 1919 bis 1927
 - B) 1945 bis 1961
 - C) 1933 bis 1945
 - D) 1949 bis 1990
-

16 Eine Gerichtsschöffin/ein Gerichtsschöffe in Deutschland ist ...

- A) ein Mitglied eines Gemeinderats.
 - B) eine ehrenamtliche Richter/in/ein ehrenamtlicher Richter.
 - C) eine Person, die Jura studiert hat.
 - D) die Stellvertreterin/der Stellvertreter des Stadtoberhauptes.
-

17 Was bedeutet die Abkürzung DDR?

- A) Dritte Deutsche Republik
 - B) Die Deutsche Republik
 - C) Dritter Deutscher Rundfunk
 - D) Deutsche Demokratische Republik
-

18 In Deutschland dürfen Ehepaare sich scheiden lassen. Meistens müssen sie dazu das 'Trennungsjahr' einhalten. Was bedeutet das?

- A) Der Scheidungsprozess dauert ein Jahr.
 - B) Die Ehegatten führen mindestens ein Jahr getrennt ihr eigenes Leben. Danach ist die Scheidung möglich.
 - C) Die Ehegatten sind ein Jahr verheiratet, dann ist die Scheidung möglich.
 - D) Das Besuchsrecht für die Kinder gilt ein Jahr.
-

19 Was kann ich in Deutschland machen, wenn mir meine Arbeitgeberin/mein Arbeitgeber zu Unrecht gekündigt hat?

- A) ein Mahnverfahren gegen die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber führen
 - B) Kündigungsschutzklage erheben
 - C) die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber bei der Polizei anzeigen
 - D) weiterarbeiten und freundlich zur Chefin/zum Chef sein
-

20 Was bedeutet die Abkürzung CDU in Deutschland?

- A) Christlicher Deutscher Umweltschutz
 - B) Christlich Demokratische Union
 - C) Club Deutscher Unternehmer
 - D) Christliche Deutsche Union
-

21 Wie wird die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland genannt?

- A) Bundesverfassung
 - B) Verfassungsvertrag
 - C) Grundgesetz
 - D) Gesetzbuch
-

22 Wann wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet?

- A) 1939
 - B) 1945
 - C) 1949
 - D) 1951
-

23 Warum kontrolliert der Staat in Deutschland das Schulwesen?

- A) weil alle Schülerinnen und Schüler einen Schulabschluss haben müssen
 - B) weil es in Deutschland nur staatliche Schulen gibt
 - C) weil es in den Bundesländern verschiedene Schulen gibt
 - D) weil es nach dem Grundgesetz seine Aufgabe ist
-

24 Was gab es während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland?

- A) das Recht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit
 - B) das Verbot von Parteien
 - C) Pressefreiheit
 - D) den Schutz der Menschenwürde
-

25 Wann war der Zweite Weltkrieg zu Ende?

- A) 1945
 - B) 1961
 - C) 1933
 - D) 1949
-

26 Der deutsche Bundespräsident Gustav Heinemann gibt Helmut Schmidt 1974 die Ernennungsurkunde zum deutschen Bundeskanzler. Was gehört zu den Aufgaben der deutschen Bundespräsidentin/des deutschen Bundespräsidenten?



© Bundesregierung/Engelbert Reineke

- A) Sie/Er kontrolliert die Regierungspartei.
 - B) Sie/Er schlägt die Kanzlerin/den Kanzler zur Wahl vor.
 - C) Sie/Er führt die Regierungsgeschäfte.
 - D) Sie/Er wählt die Ministerinnen/Minister aus.
-

27 Wer bezahlt in Deutschland die Sozialversicherungen?

- A) nur Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber
 - B) nur Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer
 - C) alle Staatsangehörigen
 - D) Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer
-

28 Was ist in Deutschland die "5%-Hürde"?

- A) Abstimmungsregelung im Bundestag für kleine Parteien
- B) Anwesenheitskontrolle im Bundesrat für Abstimmungen
- C) Anwesenheitskontrolle im Bundestag für Abstimmungen
- D) Mindestanteil an Wählerstimmen, um ins Parlament zu kommen

29 Ein Ehepaar möchte in Deutschland ein Restaurant eröffnen. Was braucht es dazu unbedingt?

- A) eine Genehmigung einer Partei
- B) eine Erlaubnis der Polizei
- C) eine Gaststättenerlaubnis von der zuständigen Behörde
- D) eine Genehmigung des Einwohnermeldeamts

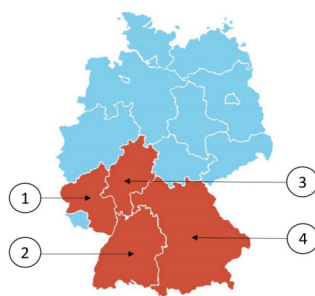
30 Wofür stand der Ausdruck "Eiserner Vorhang"? Für die Abschottung ...

- A) Nazi-Deutschlands gegen die Alliierten
- B) Norddeutschlands gegen Süddeutschland
- C) Europas gegen die USA
- D) des Warschauer Pakts gegen den Westen

31 Welche Ministerin/welchen Minister hat Rheinland-Pfalz nicht?

- A) Außenministerin/Außenminister
- B) Finanzministerin/Finanzminister
- C) Innenministerin/Innenminister
- D) Justizministerin/Justizminister

32 Welches Bundesland ist Rheinland-Pfalz?



- A) 4
- B) 3
- C) 2
- D) 1

33

Ab welchem Alter darf man in Rheinland-Pfalz bei Kommunalwahlen wählen?

- A)** 14
 - B)** 20
 - C)** 16
 - D)** 18
-

Einbürgerungstest Simulation 4

Rheinland-Pfalz · Richtige Antworten

1.	B	das Arbeitsgericht
2.	A	Umsatzsteuer
3.	D	Ich beteilige mich an einer Bürgerinitiative für die Erhaltung der Buslinie oder gründe selber eine Initiative.
4.	B	zur Weiterbildung.
5.	D	Ministerpräsidentin/Ministerpräsident
6.	C	Menschen von einer Privatpolizei ohne Grund verhaftet werden.
7.	A	beim Einwohnermeldeamt
8.	C	Willy Brandt
9.	A	Gemeinden
10.	B	Sozialversicherung
11.	C	hier Meinungsfreiheit gilt.
12.	B	Niemand darf z.B. wegen einer Behinderung benachteiligt werden.
13.	D	1933 bis 1945
14.	D	50er Jahre
15.	D	1949 bis 1990
16.	B	eine ehrenamtliche Richterin/ein ehrenamtlicher Richter.
17.	D	Deutsche Demokratische Republik
18.	B	Die Ehegatten führen mindestens ein Jahr getrennt ihr eigenes Leben. Danach ist die Scheidung möglich.
19.	B	Kündigungsschutzklage erheben
20.	B	Christlich Demokratische Union
21.	C	Grundgesetz
22.	C	1949
23.	D	weil es nach dem Grundgesetz seine Aufgabe ist
24.	B	das Verbot von Parteien
25.	A	1945
26.	B	Sie/Er schlägt die Kanzlerin/den Kanzler zur Wahl vor.
27.	D	Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer
28.	D	Mindestanteil an Wählerstimmen, um ins Parlament zu kommen
29.	C	eine Gaststättenerlaubnis von der zuständigen Behörde

30.	D	des Warschauer Pakts gegen den Westen
31.	A	Außenministerin/Außenminister
32.	D	1
33.	D	18

Quelle: Offizieller Fragenkatalog des BAMF. Dieses Übungs-PDF ist kein amtliches Prüfungsdokument.